

Die Plattform im O-Ton

Günter Lang
Passivhaus Austria

Ing. Gerold Steinbauer
Verband für Bauwerksbegrünung, Vorstandsvorsitzender

Mag. Jochen Sattelberger
Verband Komfortlüftungssysteme Austria

Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Feist
Leiter des Passivhaus Institutes und Energieeffizientes Bauen Universität Innsbruck

Johann Gerstmann
Bundesverband Sonnenschutztechnik Österreich

Johann Scheuringer
Plattform Fenster und Fensterfassaden

FH-Doz. Dr. Wolfgang Amann
IIBW – Institut für Immobilien, Bauen und Wohnen GmbH

Gabriele Kaiser
für den Vorstand afo architekturforum oberösterreich

Architekt DI Heinz Plöderl
Vertreter der Sektion Architekten der Kammer der Architekten und Ingenieure OÖ/STG

Hinweis zum Thema Energiearmut:

Anja Christanell
Österreichisches Institut für Nachhaltige Entwicklung

Michael Landau
Caritas-Präsident im Rahmen des Projekts ANTI:Energiearmut

Ing. Günter Lang
Passivhaus Austria

Die OÖ Ausstattungskataloge von Landesrat Haimbuchner widersprechen den Vorgaben der europäischen Gebäuderichtlinie. Demnach müssen Mindestanforderungen an die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden so gewählt werden, dass ein optimales Verhältnis zwischen den zu tätigen Investitionen und den über die Lebensdauer des Gebäudes eingesparten Energiekosten erreicht wird. Außerdem müssen auch größere Energieeffizienz-Potentiale umgesetzt werden können als das kostenoptimale Energieeffizienzniveau. Mit einem Primärenergiebedarf (PEB) von 190 kWh/m² BGF (Bruttogeschoßfläche) und Jahr liegen die Maximalanforderung der OÖ Ausstattungskataloge aber um das Doppelte über dem in unabhängigen Studien ermittelten Kostenoptimum. Damit führen die Vorgaben des OÖ Ausstattungskatalogs zwingend zu einer erheblichen Mehrbelastung der Mieter. Unter diesem Gesichtspunkt sind die OÖ Ausstattungskataloge mit ihrer Verpflichtung, maximal den Mindestwärmeschutz erfüllen zu dürfen, ein regelrechter Hohn und widersprechen der ökonomischen Logik.

Deshalb fordern wir:

- **Gänzliche Rücknahme** der völlig ungeeigneten Ausstattungskataloge
- **Auszahlung öffentlicher Fördergelder verpflichtend an das beste Energieniveau und die Kostenoptima zu binden.** Die vorgeschlagenen detaillierten Werte haben unabhängig von der Gebäudetype und vom A/V-Verhältnis zu gelten. So wird wieder soziale Gerechtigkeit sichergestellt und der Zersiedelung vorgebeugt.
- **Bindung von Fördergeldern an qualitätsgesicherte Rahmenbedingungen**
Die richtige bauphysikalische Berechnungsmethode und Evaluierung halbiert den tatsächlichen Energieverbrauch und ist somit die kostengünstigste Maßnahme.
- **Bauordnung parallel zur Wohnbauförderung anpassen**
- **Thermisch energetische Sanierung**
Anhebung der hochwertig thermisch energetischen Sanierung, um gleich eine nachhaltige Sanierung mit um 80% Energieeinsparungen zu realisieren.
- **Reduktion der Stellplatzverpflichtung**
Nur noch einen Stellplatz pro 100 m² Wohnnutzfläche. Dies bringt Baukosten-Einsparungen von ca. € 18.000,- je Stellplatz oder bis zu € 270,- m² WNF.
- **Förderschere Mehrfamilienhaus versus Einfamilienhaus**
Wohnbaufördergelder für sozialen mehrgeschossigen Wohnbau anheben, dafür Höhe der Förderung von Einfamilienhäusern reduzieren. Das wirkt auch der Zersiedelung und steigenden Kosten für Infrastruktur entgegen.

Ing. Gerold Steinbauer

Verband für Bauwerksbegrünung, Vorstandsvorsitzender

Die osteuropäischen Plattenbauten der 50er und 60er Jahre waren billig in der Errichtung. Jedoch wurden weder die sozialen Auswirkungen des Zusammenlebens noch die Dauerhaftigkeit und die Erhaltungskosten oder die Auswirkungen auf die Umwelt beachtet. Will Oberösterreich wirklich diesen Rückschritt machen?

Mag. Jochen Sattelberger

Verband Komfortlüftungssysteme Austria

Wir begrüßen die Berücksichtigung von Lüftung in den neuen Vorgaben, stellt sie doch einen Schritt in Richtung gesteigerter Lebensqualität bei gleichzeitiger Energieeffizienz dar. Außerdem ist der Einsatz von Einzelraumlüftungsgeräten mit Wärmerückgewinnung in gewissen Fällen eine probate Möglichkeit zur Erreichung einer Grundlüftung.

Irritierend ist allerdings die Formulierung durch ihre Ausschließlichkeit. Unter den genannten Vorgaben ist die Planung, Errichtung und die Inbetriebnahme einer kontrollierten Wohnraumlüftung weder nach der ÖNORM realisierbar, noch entspricht sie den geltenden OIB-Richtlinien. Im Detail weisen wir bei der vorgegebenen Umsetzung einer Lüftung auf zwei wesentliche Punkte hin: Gesundheit und Kosten.

Die **hygienische Gestaltungsmöglichkeit** von Zu-, Abluft- und Überströmbereichen ist nach den angeführten Vorgaben nicht gegeben. Eine ausreichende Innenraumluftqualität kann also für die Nutzer nicht gewährleistet werden. Die vorgegebene Umsetzung einer Lüftung ist unter dem Aspekt geringerer **Kosten** außerdem nicht korrekt, da die gesamten Lebenszykluskosten zu berücksichtigen sind. Die künftigen Mehrkosten trägt der Nutzer. Deshalb ersuchen wir um eine Abänderung der Formulierung des Punktes a15) des Standardausstattungskatalogs in:

Lüftung:

Es sind mindestens Einzelraumlüftungsgeräte mit Wärmerückgewinnung in Wohn-Schlaf- und Kinderzimmern auszuführen.

Damit wird eine Vorgabe geschaffen, die im Sinne der Gesamtkosten die beste Lösung für Errichter und Nutzer ist.

Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Feist

Leiter des Passivhaus Instituts und Energieeffizientes Bauen Universität Innsbruck

Sehr gute, wärmegeämmte und dreischiebenverglaste **Fenster** sind heute in der Investition kaum teurer als Standardfenster: Im Passivhaus-Komponenten-Wettbewerb haben 41 Hersteller verbindliche Angebote für die Ausstattung eines Gebäudes gemacht: Danach betragen die mittleren Mehrinvestitionen weniger als 40 €/m² Fensterfläche (Referenz: sehr kostengünstige Fenster können heute für um 300 €/m² im Neubau eingebaut werden). Diese Fenster werden von Bauteilen mit Netto-Wärmeverlusten zu solchen mit Netto-Wärmegewinnen – die Heizwärmeeinsparung in einem typischen österreichischen Klima beträgt über 60 kWh/(m²a) –, das entspricht 6 €/a weniger Heizkosten je Quadratmeter Fenster. Über den Lebenszyklus ergibt das einen Barwert von 164 €/m², mehr als das Vierfache der am Anfang getätigten Zusatz-Investition. Selbst wenn ein Investor 9% Zins auf 20 Jahre verlangt, würde ohne staatliche Förderung der Mieter immer noch jedes Jahr 1,60 €/(m²a) einsparen. **Diese Lösung auszuschließen ergibt keinen Sinn und führt nur zu höheren Kosten bei allen Beteiligten.**

Für die Wärmedämmung der Außenwände und des Dachs sieht es genauso aus: Der Katalog würde jeweils zu **höheren Kosten über den Lebenszyklus** führen als denen, die mit hochwertigen Hüllflächenelementen heute möglich sind.

Lüftung im Wohnungsbau ist nach den Erkenntnissen der **Wohnhygiene** ein absolutes Muss. Einzelraumgeräte sind dabei weder die **kostengünstigste** noch die für die **Raumluftqualität** optimale Wahl – investitionseitig wäre das, außer in einem Passivhaus, heute eine Abluftanlage. Kostengünstige wohnungsweise Lüftungslösungen mit Wärmerückgewinnung sind bereits realisiert worden – hier sind in nächster Zeit weitere Systeme mit attraktiver Ökonomie zu erwarten. Deren Durchbruch ist massiv behindert, wenn sie durch einen Katalog explizit im Sozialwohnbau ausgeschlossen würden.

Kompetente Architekten schaffen es schon heute, mit diesen Komponenten und einer kostenbewussten Planung Geschosswohnungsbauten in **Passivhaus-Standard** zu errichten, deren Kosten eben nicht über denen vergleichbarer konventioneller Gebäude liegen. Hier gilt daher nicht nur das „Yes, we can“, sondern bereits ein dokumentiertes „Yes, we do“. Die entsprechende Weiterbildung steht allen offen – die Entwicklung könnte durch einen „Arbeitskreis kostengünstige Passivhäuser“ vorangebracht werden.

Wenn der Staat in diesem hoch **regulierten Bereich** fördert, so muss er verlangen, dass die besseren Komponenten verwendet werden, und nicht diese explizit ausschließen: Denn im Sozialwohnbau zahlt der Steuerzahler am Ende einen beträchtlichen Teil der Heizkosten. Andererseits erhält er Netto-Steuerzuflüsse aus der Anfangsinvestition, welche einen adäquat angesetzten zusätzlichen Zuschuss aufwiegen können. Zudem hat die gesamte Gemeinschaft ebenfalls die **Folgekosten des Klimawandels** zu tragen.

Diese Regelungen im Katalog führen nicht nur zu insgesamt **erhöhten Kosten für den Steuerzahler**, sondern auch in eine **Sackgasse für die Wirtschaftsentwicklung** und den **Klimaschutz**. **Diese Vorgaben sind daher nicht nur unklug, sondern unverantwortlich.**

Johann Gerstmann
Bundesverband Sonnenschutztechnik Österreich

In Folge von Energie- und Klimazielen hat sich die Art und Weise, wie gebaut werden muss, grundsätzlich geändert – das Bauen wurde quasi neu erfunden! Die dichte und wärmegeämmte Gebäudehülle hat gravierende Auswirkungen auf das Raumklima, u.a. auf Raumluf, Luftfeuchtigkeit und Innenraumtemperaturen. Diesen Herausforderungen muss man sich stellen und sinnvolle Lösungen entwickeln.

Im Ausstattungskatalog einzelne Posten aus Kostengründen zu streichen und als Maßnahme für leistbares Wohnen positiv darzustellen, ist unseriös. Denn das wirkt sich unmittelbar auf die Betriebskosten oder Kosten für das Nachrüsten von Anlagen (z.B. Sonnenschutz) aus. Diese Kosten trägt dann nicht mehr der Bauträger, sondern der Mieter – sofern er sich das leisten kann.

Wenn es stimmt, dass durch das neue Bauen die Kosten für die Errichtung steigen, aber sich die Betriebskosten deutlich reduzieren, dann wäre die Wohnbauförderung gut beraten, zukunftsweisende Finanzierungsmodelle (Stichwort Contracting) für energiesparende, aber komfortable Gebäude zu entwickeln. Den Standard-Ausstattungskatalog mehr oder weniger willkürlich zu kürzen, heißt in Wirklichkeit billig bauen, ohne die Bedürfnisse künftiger Bewohner ernst zu nehmen!

Johann Scheuringer
Plattform Fenster und Fensterfassaden

Fenster sind ein vielfach unterschätztes Bauteil. Zweifach-Verglasungen anstatt mittlerweile handelsüblicher Dreifach-Verglasungen bei Fenstern einzusetzen trägt nicht zum Erreichen der Klimaziele bei und wirkt sich auf die Wohnqualität der Bewohner aus. Hier wird am falschen Ort gespart und das verursacht höhere Folgekosten für die Mieter.

Qualitative Dreifach-Fenster verfügen über ausgezeichnete Wärmedämmwerte, können die Wärmeverluste reduzieren, verbessern den Schallschutz und sorgen für hohen Wohnkomfort. Werden diese Produktvorteile nicht berücksichtigt, werden die Mieter höhere Kosten tragen müssen und dafür weniger Wohnkomfort erhalten. Das ist ein technologischer und qualitativer Rückschritt bei Wohnstandards.

Zeitgemäße Fenstermaterialien wie Holz und Aluminium sowie neue Fensterkonstruktionen werden im Katalog des Landes definitiv und ohne Rechtfertigung ausgeschlossen.

Oberösterreichische Betriebe sehen sich betroffen: Aufträge werden zu Lasten von innovativen Qualitätsanbietern an Billighersteller vergeben, vornehmlich aus den östlichen EU-Staaten. Wir sehen eine Gefährdung heimischer Arbeitsplätze und der Wertschöpfung.

FH-Doz. Dr. Wolfgang Amann

IIBW – Institut für Immobilien, Bauen und Wohnen GmbH

Wir brauchen Innovation, nicht Handlungsanweisungen bis zum letzten i-Tüpfelchen. Das österreichische System des geförderten großvolumigen Wohnbaus ist zu einem der besten in Europa geworden, weil es nicht nur um billigen Wohnbau für die Ärmsten geht, sondern auch um wirtschaftspolitische, soziale und ökologische Lenkungseffekte. Unsere Wohnbauförderung hat sich zu einem außerordentlich effektiven Innovationstreiber im Bauwesen gemausert. Ein wichtiger Impuls ging stets vom Ideenwettbewerb zwischen den Bundesländern aus, nicht selten auch von Oberösterreich. Mit dem vorliegenden Standardausstattungskatalog der Oberösterreichischen Wohnbauförderung wurde aber weit über das Ziel hinaus geschossen. Ein Katalog voller Verbotsschilder ist kaum geeignet, unserem Wohnbau neue Impulse zu geben. Viel mehr erinnert der Standardausstattungskatalog an die Versuche des seinerzeit real existierenden Sozialismus, die perfekte Wohnung nach wissenschaftlichen Kriterien zu entwickeln. Die verheerenden Folgen in den Vorstädten Osteuropas sind bekannt. Das sollte Oberösterreich erspart werden. Viel besser als bis ins kleinste Detail ausgeführte Handlungsanweisungen sind Zieldefinitionen, die den Akteuren in der Bau- und Wohnungswirtschaft Kreativität und Innovation abverlangen.

Gabriele Kaiser

für den Vorstand afo architekturforum oberösterreich

Das verordnete Kaputtsparen des geförderten Wohnbaus ist Symptom einer Krise, aber keine Lösung. Wir müssen dringend darüber nachdenken, wie man den Wohnbau (das Bauen überhaupt) ohne Qualitätsverlust vereinfachen könnte. Der sorgsame Umgang mit knapper werdenden Ressourcen ist eine Basis, die auch einer Wirtschaftlichkeitsprüfung unterzogen werden kann, aber das Ziel aller Beteiligten sollte doch eigentlich Qualitätssteigerung sein: Denn das verdichtete Wohnen, das Wohnen im Mehrfamilienhaus muss sich zu einer leistbaren und attraktiven Alternative zur teuersten Wohnform überhaupt – dem freistehenden Einfamilienhaus – entwickeln. Erst dann kann von gesellschaftspolitisch vertretbaren Kosten die Rede sein. Der vorliegende Standardausstattungskatalog unterbindet jede Bemühung in diese Richtung.

Architekt DI Heinz Plöderl

Vertreter der Sektion Architekten der Kammer der Architekten und Ingenieure OÖ/SBG

Wohnungsneubau oder Bestandserneuerung muss sowohl klimagerecht als auch sozial und kulturell nachhaltig sein, d.h. von breiten Schichten der Bevölkerung bezahlbar und so gestaltet sein, dass auch ein dauerhafter und guter Beitrag zur Baukultur geleistet wird!

Ein kreatives Nachdenken ist die mit Abstand effizienteste Ressource für zukunftsfähiges leistbares Bauen überhaupt.

Eine gesamtwirtschaftliche Lebenszyklusbilanz – unter ökologischer und damit ökonomischer Kostenwahrheit erstellt – führt hier zu weit reichend anderen Entscheidungen, als sie im heutigen Bauwesen verbreitet sind. Das haben einschlägige Forschungsergebnisse mehrfach und nachdrücklich erwiesen.

„Leistbares Wohnen“: einfach, flexibel und langlebig – drei kaum wahrgenommene, aber entscheidende Multiplikator-Eigenschaften für die Lebenszyklusbilanz –, diametral anders als heutige Politik- und Wirtschaftsgebahren gestaltet werden.

Zum Thema Energiearmut:

Anja Christanell

Österreichisches Institut für Nachhaltige Entwicklung

Michael Landau

Caritas Präsident im Rahmen des Projekts ANTI:Energiearmut

Auch bei der Präsentation des Forschungsprojekts ANTI:Energiearmut am 5.6. wies Caritas-Präsident Michael Landau darauf hin, dass sich in Österreich 263.000 Menschen keine angemessen warme Wohnung halten können. Er forderte u.a. gemeinsam mit dem Österreichischen Institut für Nachhaltige Entwicklung (ÖIN) eine deutliche Steigerung der Sanierungsquote bei thermischen Sanierungsmaßnahmen und -qualität unter besonderer Berücksichtigung einkommensschwacher Bewohnerstrukturen, womit auch gleichzeitig der gesundheitsschädliche überproportionale Schimmelbefall in diesen Wohnungen beseitigt werden würde.